

Beschluss Sicherung der flächendeckenden Geburtshilflichen Versorgung als staatliche Aufgabe
– Intervention gegen den neuen Hebammenhilfvertrag

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 25.10.2025

Tagesordnungspunkt: 10 Sonstige Anträge

Antragstext

Der Landesverband Thüringen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert die Bundesregierung und insbesondere das Bundesgesundheitsministerium (BMG) auf, umgehend zu handeln und die existenzielle Bedrohung der Hebammenhilfe abzuwenden.

I. Die Problemlage: Existenzielle Bedrohung der Geburtshilfe

Der neue Hebammenhilfvertrag, der am 01. November 2025 in Kraft tritt, stellt durch den Schiedsstellenspruch vom Juli 2025 eine massive und existenzielle Benachteiligung für freiberufliche Hebammen dar und gefährdet die qualitativ hochwertige Versorgung der zu Betreuenden.

1. Reduzierung der Einnahmen statt Anpassung: Trotz jahrelanger Verhandlungen, gestiegener Kosten (Mieten, Material, Fortbildung) und der Akademisierung des Berufs sehen sich freiberufliche Hebammen mit Honorarkürzungen konfrontiert. Es ist wahrscheinlich einmalig, dass eine Berufsgruppe nach jahrelangen Verhandlungen und Akademisierung schlechter gestellt wird und nicht einmal den Inflationsausgleich erhält. Der festgesetzte Stundensatz von 74,28 € liegt deutlich unter dem Notwendigen. Pauschalen entfallen, und Zuschläge (Nacht/Feiertag/Fahrt) werden gekürzt oder gestrichen. Zwar hat der Deutsche Hebammenverband (DHV) Klage und ein Eilverfahren dagegen eingereicht, der Ausgang ist jedoch ungewiss.

2. Gefährdung der Beleghebammen: Insbesondere Beleghebammen sind von massiven Umsatzeinbußen (20% – 35%) betroffen – was für viele das Berufs-Aus bedeuten wird. Die neue Abrechnungspraxis bei parallel betreuten Geburten geht zu Lasten der Hebammen und missbraucht die berechnete Forderung nach einer 1:1-Betreuung im Kreißsaal, um Kosten zu senken. Viele Geburtskliniken befürchten nun das Aus ihrer Kreißsäle, weil Beleghebammen ihre Arbeit aufgeben. Beleghebammen haben bundesweit einen Anteil an den Geburten von etwa 25%, in einigen Bundesländern über 50%.

3. Verletzung rechtsstaatlicher Grundsätze: Das Schiedsstellenverfahren verletzte massiv demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze, da die Interessen der Mehrheit der organisierten Hebammen (DHV mit über 80%) nicht verhältnismäßig berücksichtigt wurden.

4. Verlust der flächendeckenden Versorgung: Die absehbaren Kürzungen führen dazu, dass Hebammen Praxen schließen und den Beruf verlassen müssen. Dies steht dem Nationalen Gesundheitsziel "Gesundheit rund um die Geburt" und dem Anspruch von Schwangeren und Familien auf die freie Wahl des Geburtsortes und eine bedarfsgerechte, kontinuierliche Betreuung (vor, während und nach der Geburt sowie im 1. Lebensjahr) diametral entgegen. Trotz dieser akuten Bedrohungslage verweigert das Bundesgesundheitsministerium (BMG) bisher die notwendige Intervention und beruft sich auf die Selbstverwaltung, die mit dem vorliegenden Schiedsspruch gescheitert ist.

II. Forderungen an die Bundesregierung

Der Landesverband Thüringen von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN stellt sich hinter die berechtigten Interessen der freiberuflichen Hebammen und unterstützt diese Forderungen:

1. Vergütungssatz existenzsichernd anpassen: Die Grundlegende Erhöhung der Vergütung aller freiberuflichen Hebammen ist zu gewährleisten, die den Anforderungen des § 134a SGB V zur wirtschaftlichen Sicherung freiberuflicher

50 Hebammen gerecht wird. Als Orientierung wird ein Stundensatz von mindestens
51 88,20 € gefordert.
52 2. Versorgung durch Beleghebammen sichern: Es darf keine Herabstufung der
53 Leistungen für Beleghebammen erfolgen, und die Abrechenbarkeit ambulanter
54 Leistungen für diese ist zu erhalten.
55 3. Intervention des BMG als Rechtsaufsicht: Das BMG wird aufgefordert, sich als
56 Rechtsaufsicht der Gesetzlichen Krankenversicherungen einzuschalten, da im
57 Schiedsstellenverfahren demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze massiv
58 verletzt wurden und drohende Versorgungslücken in der Geburtshilfe nur durch
59 eine Korrektur des Schiedsstellenergebnisses verhindert werden können.
60 4. Öffentliche Positionierung des BMG: Das BMG muss sich öffentlich zur
61 drohenden Versorgungslücke positionieren und die Vorgaben des Aktionsplanes zum
62 Nationalen Gesundheitsziel "Gesundheit rund um die Geburt" unter Einbeziehung
63 der freiberuflichen Hebammen umsetzen.
64 5. Anerkennung von DDR-Fachschulabschlüssen: Durch die neuen Tarifabschlüsse der
65 Gewerkschaft Verdi erleiden Hebammen mit DDR-Fachschulabschluss gegenüber
66 akademisierten Hebammen nicht nur Gehaltseinbußen (P8 versus P11), sondern auch
67 Verlust von Rentenansprüchen.

Begründung

68 Schwangere und Familien haben ein Recht auf die bestmögliche, bedarfsgerechte
69 Betreuung rund um die Geburt, losgelöst von wirtschaftlichen Erwägungen.
70 Hebammen leisten einen elementaren Beitrag zur Prävention von Komplikationen und
71 zur Gesundheitsversorgung der ganzen Familie.
72 Der Aktionsplan zum Nationalen Gesundheitsziel "Gesundheit rund um die Geburt"
73 von Juli 2024 unterstreicht die zentrale Rolle der Hebammen. Der Aktionsplan
74 verliert seine Wirkung, wenn Hebammen aufgrund unzureichender Vergütung
75 gezwungen sind, ihren Beruf aufzugeben.
76 Das Gesetzliche Krankenkassensystem darf nicht länger die Versorgungssicherheit
77 als Verhandlungsmasse missbrauchen. Die Verbände der freiberuflichen Hebammen
78 haben über sieben Jahre versucht, eine faire Lösung zu verhandeln. Nachdem das
79 Schiedsstellenverfahren zu einem unhaltbaren Ergebnis geführt hat, das die
80 flächendeckende Versorgung im ganzen Land gefährdet, ist die Intervention der
81 Politik als staatliche Aufgabe unabdingbar. Die Bundesregierung muss jetzt
82 handeln, um eine bundesweite Versorgungskrise in der Geburtshilfe zu verhindern.

Unterstützer*innen

Tim Strähnz (KV Jena); Clara Käßner (KV Gera); Christoph Schnegg (KV Weimarer Land); Thomas Grauel (KV Ilm-Kreis)